Nr. 22 15.09.2023

Wahlhearing des Landessportbundes Hessen

**Parteien sichern Sportförderung zu**

Eine bedarfsgerechte Sportförderung, noch mehr Augenhöhe beim Umgang mit Sportvereinen und Ehrenamtlichen sowie eine stärkere Einbeziehung des Themenkomplexes Sport und Bewegung in die Arbeit verschiedenster Ministerien: Das haben alle sechs im hessischen Landtag vertretenen Parteien beim Wahlhearing des Landessportbundes Hessen e.V. (lsb h) für die nächste Legislaturperiode in Aussicht gestellt. Generell haben Andreas Hofmeister (CDU), Marcus Bocklet (Bündnis 90/Die Grünen), Karin Hartmann (SPD) Thomas Schäfer (FDP), Elisabeth Kula (Die Linke) und Dirk Gaw (AfD) deutlich gemacht, dass sie sich ausführlich mit den Herausforderungen im hessischen Sport befasst haben.

Dazu beigetragen hat mit Sicherheit auch die Sportpolitische Agenda, die der Dachverband mit Blick auf die Landtagswahl am 8. Oktober formuliert hat. Darin, so lsb h-Präsidentin Juliane Kuhlmann in ihrer Begrüßung, werden nicht nur Forderungen erhoben, es wird auch das große Leistungsspektrum des Sports aufgezeigt: „Es ist Voraussetzung für eine öffentliche Förderung und die Unterstützung durch das Land.“ Dass der Landessportbund diese Unterstützung nicht aus Eigeninteresse einfordert, wurde im Verlauf des Hearings mehrfach deutlich – nicht nur vonseiten des Verbandes! „Sport ist nicht nur Sport“, brachte es der Grünen-Politiker Bocklet mit Blick auf die vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen und Leistungen der mehr als 7.400 hessischen Sportvereine, der Sportkreise und Verbände auf den Punkt.

Grundsätzlich lagen die Positionen in den fünf zentralen Themenfeldern, die während des Hearings aufgegriffen wurden – Sport und Schule, Sportinfrastruktur, Leistungssport, Entbürokratisierung und Ehrenamt sowie Gesundheitssport – dann auch eher im Detail auseinander. Das mehrfach genannte Stichwort „Finanzierungsvorbehalt“ machte jedoch deutlich, dass es in diesem Zusammenhang entscheidend sein wird, wie die eine zukünftige Regierung ihre Förderung gewichtet, insbesondere hinsichtlich des notwendigen Ausbaus der Sportstättenförderung. So fand das Plädoyer der Linken Elisabeth Kula, die Finanzbremse zumindest mit Blick auf investive Förderprogramme auszusetzen, nicht bei allen Podiumsgästen Zustimmung.

Unterschiedliche Positionen gab es auch bei der Frage, ob Sport – immerhin Staatsziel – zur kommunalen Pflichtaufgabe werden sollte. Linke und SPD plädierten dafür. „Wenn eine finanzschwache Kommune nur noch drei freiwillige Aufgaben hat, an denen sie sparen kann, dann ist vielleicht auch der Sport betroffen, dann gibt es keinen Entscheidungsspielraum mehr“, erläuterte die sportpolitische Sprecherin der SPD, Karin Hartmann. Das zeitgemäße Niveau der Sportförderung in Hessen, das ihr Kollege Andreas Hofmeister (CDU), hervorhob, war hingegen Mehrheitsmeinung und auch die Bedeutung der Schwimmbad-Problematik wurde von Podiumsgästen und Publikum gleichermaßen geteilt. Dabei zeichnen sich auf politischer Ebene neue Unterstützungsansätze für Betreiberkommunen ab. Neben einer Verstetigung und Erhöhung des SWIM-Programms wurden beispielsweise eine Berücksichtigung der Bäder im kommunalen Finanzausgleich oder Betriebskostenzuschüsse durch das Land diskutiert.

Spätestens nachdem lsb h-Hauptgeschäftsführer Andreas Klages einige konkrete Beispiele für bürokratische Hürden aufgezählt hatte, mit denen Vereine und Ehrenamtliche konfrontiert sind, herrschte auf dem Podium Einigkeit, diese noch stringenter aus dem Weg räumen zu wollen, auch auf Bundesebene. Bei der Frage nach dem „wie“ deutete sich schon an, was sich im Verlauf des Abends als Fazit herauskristallisieren sollte: Sport ist eine Querschnittsthema.

Das wurde ganz besonders bei den Fragen zu den Themenfeldern „Sport und Gesundheit“ und „Sport und Schule“ deutlich. Denn dort ist nicht nur das Ministerium des Innern und für Sport Ansprechpartner, viele wichtige Weichenstellungen werden im Sozial- bzw. Kultusministerium vorgenommen. Die Sportfachleute der Fraktionen waren sich beim Thema Gesundheit sowohl über die gesundheitsfördernde Wirkung des Sports als auch darüber, dass es eine bessere Verankerung des Sports im Präventionsgesetz benötigt. „Wenn wir sehen, welchen Beitrag der Sport für Gesundheit leistet, muss man Leistungen ausweiten, damit ist am Ende allen gedient“, sagte Thomas Schäfer (FDP). Andreas Hofmeister betonte, dass sich bei den Themen Schule und Sport sowie Sport und Gesundheit alle an einen Tisch setzen müssten. „Wir haben eine Autonomie des Sports und der Sport weiß am besten, was gut ist. Wir müssen Verbesserungen partnerschaftlich mit dem Sport umsetzen.“

Bei den Schulen sieht Karin Hartmann (SPD) allerdings noch Nachholbedarf. Sie beklagte, dass insbesondere bei Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen nicht immer auf Augenhöhe agiert werde, und schlug vor, die Qualifizierung von Übungsleitenden weiter zu intensivieren. Der Ganztag, da waren sich alle einig, ist ohne den Sport nicht denkbar! Dirk Gaw (AfD) sprach sich für eine tägliche Sport- oder Bewegungsstunde in den Grundschulen aus, diese könne im Zweifelsfall, z.B. bei schlechten Rahmenbedingungen, auch mal auf dem Schulhof oder im Klassenraum stattfinden.

Eine bedarfsgerechten Förderpolitik wollen sich die Parteien in der nächsten Legislaturperiode auch im Leistungssport verschreiben. Zudem gehe es darum, so Grünen-Politiker Bocklet, „bestehende Potenziale im Leistungssport noch besser zu nutzen“. Ob in Bezug auf Stützpunkte, leistungssporttreibende Vereine oder das Sportinternat am Olympiastützpunkt Hessen war es einhelliger Tenor, Strukturen zu sichern und auszubauen. Mit Blick auf das Landesprogramm „Talentsuche/Talentförderung“ wurde jedoch nicht ganz deutlich, wie das gelingen soll. Mehr Lehrer-Trainer-Stellen, insbesondere im paralympischen Bereich, wurden hier zwar als wünschenswert benannt. Doch wie es gelingen kann, die Lücke an Lehrkräften zu schließen – das wird eine der vielen Herausforderungen sein, mit denen die neue Landesregierung, welche Parteien ihr auch angehören werden, sich im Sportbereich befassen muss.

Nach dem Wahlhearing bleibt die Hoffnung, dass Regierung und Opposition dabei im Landtag miteinander arbeiten. Der Landessportbund, das machte Präsidentin Kuhlmann am Ende deutlich, steht dabei gerne als Gesprächspartner und Impulsgeber zur Verfügung. Denn: „Mehr Sport bedeutet mehr Lebensqualität, mehr Zusammenhalt und mehr Gemeinsinn.“

*Die sportpolitische Agenda sowie die Antworten der sechs Parteien finden Sie unter*

[*www.landessportbund-hessen.de/hessen-waehlt-sport*](http://www.landessportbund-hessen.de/hessen-waehlt-sport)